

szntag

Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung
Samstag, 8. Oktober 2011

Steigen Kliniken doch aus dem Tarif aus?

Von Denni Klein

Die Krankenhauschefs von Neustadt und Friedrichstadt wollen Haustarife haben. Rückenwind dafür kommt ausgerechnet von der Stadt.

Die mehr als 2000 Mitarbeiter der beiden städtischen Krankenhäuser Neustadt und Friedrichstadt müssen offenbar doch um ihre Löhne bangen. Grund zur Sorge gibt es gleich doppelt.

Das Problem: Häuser machen weiter Millionenverluste

Es geht ums Geld. In den internen Jahresabschlussberichten der Krankenhäuser wird klar: Obwohl immer mehr Patienten behandelt werden, kommt nicht genug Geld in die Klinikassen, um die Behandlungskosten zu decken. Das liegt vor allem an der Krankenhausfinanzierung. Vereinfacht gesagt: Wenn das Budget des Krankenhauses, das die Kassen gewähren, ausgeschöpft ist, gibt es für weitere Patienten kein zusätzliches Geld mehr. Die müssen aber trotzdem behandelt und betreut werden, was bei wachsender Fallzahl auch mehr Personal bedeutet. Um das laufende Geschäft überhaupt noch finanzieren zu können, müssen die Häuser immer wieder kurzfristig Kredite aufnehmen, um die eigenen Rechnungen bezahlen zu können. Am Ende steht ein Millionendefizit. Für 2010 standen für das Krankenhaus Neustadt 2,3 Millionen Euro, für Friedrichstadt knapp 1,7 Millionen Euro Verlust in den Büchern.

Der Plan: Die Fusion zur GmbH

soll die Verlustspirale beenden

Seit dieser Woche ist es offiziell: Der Lösungsvorschlag der Stadt ist die Gründung der „Städtische Krankenhäuser Dresden GmbH“. Der zuständige Bürgermeister Detlef Sittel (CDU) hatte bereits angekündigt, die beiden Häuser unter ein Dach packen und die Eigenbetriebe in die private Rechtsform der GmbH umwandeln zu wollen.

Aus der der SZ vorliegenden Stadtratsvorlage geht hervor, dass die Umwandlung im kommenden Jahr rückwirkend zum 1. Januar 2012 vollzogen werden soll. Die GmbH soll zu 100 Prozent städtisch bleiben. Die gemeinnützige GmbH soll dann auch neue Chefs – einen kaufmännischen und einen ärztlichen Geschäftsführer – bekommen. Deren Aufgabe soll es sein, durch Reformen der Arbeit die Millionenverluste zu beenden.

Knackpunkt 1: Nur drei Jahre Arbeitsplatzgarantie

Doch was schlüssig klingt, birgt so manchen kritischen Punkt. Der wichtigste ist die Frage nach der Sicherheit von Arbeitsplätzen und Löhnen, klassisch ja die zwei stärksten Hebel, um Geld zu sparen. Die Jobgarantien fallen mager aus: Betriebsbedingte Kündigungen und die Auslagerung von Teilbereichen in Tochterfirmen soll nur für drei Jahre ausgeschlossen werden. Für diese Frist ist auch die Bindung an die gültigen Tarifverträge der Ärzte und des öffentlichen Dienstes gesichert. Schon in der Vorlage steht: Frei werdende Stellen werden nicht wieder besetzt. Der geltende Tarifvertrag „Zukunftssicherung“, bei dem Mitarbeiter auf Geld freiwillig verzichten, um ihre Arbeit zu behalten, soll 2012 eingesetzt werden. Das wird unter „Optimierung der Arbeitsabläufe“ und „ergebniswirksame Maßnahmen“ zusammengefasst.

Knackpunkt 2: Bekenntnis

zum Tariflohn fehlt

Google Analytics
INFOnline

Spannend sind aber vor allem die Erklärungen für die Zeit danach. Diese verbergen sich in der Erläuterung der Vorteile der GmbH. „Auch im Hinblick auf Fragen des Arbeits- und Tarifrechts sowie der Altersversorgung der Mitarbeiter besteht für Unternehmen in Privatrechtsform ein größerer Handlungsspielraum. Haustarifverträge sind möglich“, erklärt Bürgermeister Sittel den Stadträten in seiner Vorlage. Das untermauert auch ein neues Abwägungsgutachten, das der SZ vorliegt. Es bescheinigt dem GmbH-Plan „Flexibilität hinsichtlich der Tarifbedingungen und der Altersversorgung“.

Dafür sprechen sich auch die Verwaltungschefs der 2000 Mitarbeiter bereits in den internen Jahresabschlussberichten aus. Tarifgebundenes Personal sei nicht mehr finanzierbar, erklärt der Neustädter Verwaltungsdirektor Andreas Gerhardt. Die Tarifbindung sei das „Hauptrisiko“ für die Wirtschaftlichkeit des Hauses. Alle größeren sächsischen Krankenhäuser würden schon seit Jahren nicht mehr nach dem Tarif des öffentlichen Diensts bezahlen. „Es bedarf größtmöglicher Transparenz auch für unpopuläre Entscheidungen und einer verlässlichen Perspektive hinsichtlich der Tarifentwicklung“, sagt Gerhardt. Auch seine Amtskollegin in Friedrichstadt, Gisela Speiser, sieht vor allem eine Lösung für die Finanznot: „Der Entwicklung im Personalkostenbereich entgegenwirken.“

Knackpunkt 3: Kliniken sollen Kosten für GmbH selbst tragen

In der Vorlage für den Stadtrat überrascht der Punkt finanzielle Auswirkungen für den Stadthaushalt. Da werden keine Kosten für die Stadt aufgeführt. Der Grund: Die von jahrelangen Millionenverlusten belasteten Krankenhäuser sollen die Rechtsformänderung selbst bezahlen. Wie die 1,5 Millionen Euro von den Häusern finanziert werden sollen, lässt Sittel offen. Der Stadtrat entscheidet im Dezember und zuvor im November über den Bürgerentscheid für den Erhalt der Eigenbetriebe.

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2881853>
